



Antrag

der Abgeordneten **Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl, Dr. Anne Cyron, Ferdinand Mang, Josef Seidl** AfD

Die Kostenübernahme für Antigen-Schnelltests und PCR-Tests auch für die Zukunft garantieren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Kosten für Antigen-Schnelltests sowie PCR-Tests zu übernehmen, solange die 3G-Regel aus Sicht der Bundes- und/oder Staatsregierung notwendig erscheint.

Begründung:

In Deutschland wird Vorabberichten der Medien zufolge ab einem Inzidenzwert von 35 ein Corona-Test für den Zugang zu Innenräumen angeordnet. Gleichzeitig sollen die dann notwendigen Corona-Tests ab dem 11. Oktober 2021 kostenpflichtig werden. Dies betrifft sowohl Antigen-Schnelltests als auch die aufwendigeren und teureren PCR-Tests. Gleichzeitig sollen die ins Stocken geratenen Impfungen zunehmend in Anspruch genommen werden.

Auch die Staatsregierung hat immer wieder bekräftigt, dass eine Impfung im individuellen Ermessen der Menschen steht und es keinen direkten oder indirekten Impfbzwang geben soll. Durch den geplanten Wegfall der Kostenübernahme für Tests könnte bei bestimmten Personen wirtschaftlicher Druck und damit ein indirekter Impfbzwang geschaffen werden.

Es wird auch davon gesprochen, dass in immer mehr Lebensbereichen die sogenannte 3G-Regel gelten soll, also geimpft, genesen oder getestet, um überhaupt noch weiterhin am gesellschaftlichen und sozialen Leben teilnehmen zu können.

So sind nach Berichten in unterschiedlichen Medien bereits verschiedene Geschäfte oder auch Hotels nur noch bereit, Kunden bzw. Gäste zu empfangen, die dieser Regel entsprechen.

Berichten in den sozialen Medien zufolge besteht man beispielsweise bei der Tafel in Marburg (Hessen) bereits auf die Einhaltung der 3G-Regel. Sollten die Bedürftigen also weder geimpft noch genesen oder getestet sein, so kann ihnen der Zugang zu der für diesen Personenkreis lebensnotwendigen Grundlage verweigert werden.

Gerade diese letztgenannte Personengruppe ist jedoch auf die Abgabe der Lebensmittel angewiesen, da sie aufgrund der besonderen finanziellen Situation weder in der Lage ist, die Tests selbst zu finanzieren, noch ihren täglichen Bedarf im normalen Lebensmitteleinzelhandel decken zu können.

Dass Impfungen nicht in jedem Fall schützen können, kann man zum Beispiel auf der Homepage des israelischen Gesundheitsdienstes unter der Adresse <https://datadash-board.health.gov.il/COVID-19/general> sehr einfach nachvollziehen. Ebenso sind die Tests nicht zu 100 Prozent sicher. Dementsprechend können sowohl Geimpfte als auch

Getestete trotzdem diese Virusinfektion haben, bekommen und/oder daran erkranken, verbreiten und versterben.

Durch die Abschaffung der Kostenfreiheit von COVID-19-Tests werden ausgerechnet die sozial schwächer gestellten Menschen in einem besonderen Maß benachteiligt. Es ist ein Teufelskreis, denn diese Menschen haben nicht das nötige Geld, sich testen zu lassen und genau hierdurch kann dann der Zugang zu den dringend notwendigen kostengünstigen Lebensmitteln oder der sonstigen gesellschaftlichen und sozialen Teilhaben am Leben verwehrt werden.

Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von Menschen, die sich aus medizinischen Gründen nicht impfen lassen dürfen. Auch diese Menschen würden durch die Abschaffung der Kostenfreiheit aufgrund ihrer Krankheit gegenüber ihren Mitmenschen in einer unzumutbaren Art und Weise benachteiligt und diskriminiert.

Um genau diese Diskriminierung und Ungleichbehandlung ausschließen zu können, müssen die durch die Regierung angeordneten Testungen auch weiterhin für alle kostenfrei bleiben, solange die Staatsregierung hier eine Notwendigkeit zur strikten Einhaltung der 3G-Regel fordert.